

Medienmitteilung

Überparteiliche Allianz sagt Ja zur Individualbesteuerung

Breite Unterstützung aus Aargauer Politik, Städteverband und Wirtschaft für Bundesgesetz zur Abschaffung der Heiratsstrafe

Eine breit abgestützte, parteiübergreifende kantonale Allianz aus FDP, SP, Grünen und GLP sowie Spitzen von Schweizerischem Städteverband und Aargauischer Industrie- und Handelskammer engagiert sich geschlossen für ein Ja zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung. Die Vorlage schafft die verfassungswidrige Heiratsstrafe ab, vereinfacht das Steuersystem nachhaltig und stärkt Erwerbsanreize, insbesondere für Zweitverdienende.

Das Parlament stimmte dem Gesetz im Sommer 2025 als indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung» zu. Nach dem ergriffenen Referendum kommt es am 8. März 2026 zur Volksabstimmung. Bei einer Annahme der Vorlage wird künftig gleiches Einkommen gleich besteuert – unabhängig vom Zivilstand. Rund 50 Prozent der Steuerpflichtigen werden entlastet, für gut ein Drittel ändert sich nichts und 14% (Einverdienerhaushalte mit hohem Einkommen) zahlen etwas mehr. Insgesamt wird das Steuersystem einfacher und gerechter.

Sabina Freiermuth, Präsidentin FDP Aargau, betont den entlastenden Charakter der Reform für den Mittelstand: «*Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden mit 600 Millionen Franken entlastet. Es ist das Resultat eines sorgfältig austarierten Kompromisses, auf den sich das Bundesparlament geeinigt hat. Endlich lohnt sich Arbeit für alle, unabhängig vom Zivilstand.*»

Aus Sicht der Gleichstellung ist die Vorlage ein wichtiger Schritt. Irène Kälin, Präsidentin der Grünen Aargau, hält fest: «*Die Individualbesteuerung trägt dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung, ohne jemandem vorzuschreiben, wie er oder sie zu leben hat.*»

Auch die Städte unterstützen den Systemwechsel klar. Hanspeter Hilfiker, Präsident des Schweizerischen Städteverbands, verweist auf die langfristige Vereinfachung: «*Wenn es künftig nur noch ein System gibt, führt das zu einer dauerhaften und strukturellen Vereinfachung.*»

Lucia Engeli, Co-Präsidentin SP Aargau, unterstreicht den ausgewogenen Charakter der Vorlage: «*Die Vorlage ist ein fein austarierter Kompromiss, der die Ungleichbehandlung von Familien aufgrund des Zivilstands abschafft und gleichzeitig einen klaren Anreiz für ausgeglichene Einkommen setzt.*»

Auch aus gesellschaftlicher Perspektive ist die Reform überfällig. Philippe Kühni, Präsident GLP Aargau, sagt: «*Wir bringen das Steuergesetz in die Gegenwart und in die Lebensrealität der grossen Mehrheit der Bevölkerung.*»

Die Wirtschaft sieht in der Individualbesteuerung einen wichtigen Hebel gegen den Fachkräftemangel. Beat Bechtold, Direktor der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, erklärt: «*Mit der Individualbesteuerung wird ein Bremsklotz kleiner. Sie hilft, das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen.*»

Die Allianz ist überzeugt: Die Individualbesteuerung ist gerecht, zeitgemäß und administrativ machbar. Sie ist die logische Konsequenz von Frauenstimmrecht, neuem Ehorecht und Bundesgerichtsentscheid, wonach die Ehe nicht mehr lebensprägend ist. Sie setzt positive Beschäftigungsanreize, unabhängig vom Verdienst des Partners oder der Partnerin. Deshalb empfiehlt das Komitee ein klares **Ja zur Individualbesteuerung**.

Weitere Auskünfte:

Sabina Freiermuth, Grossrätin, Parteipräsidentin FDP Aargau, Tel. 079 333 51 78

Irène Kälin, Nationalrätin, Präsidentin Grüne Aargau, Tel. 077 428 43 06

Dr. Hanspeter Hilfiker, Grossrat, Präsident Schweizerischer Städteverbund, Tel. 062 843 45 13

Dr. Lucia Engeli, Grossrätin, Co-Präsidentin SP Aargau, Tel. 079 744 13 04

Philippe Kühni, Präsident GLP Aargau, Tel. 079 540 28 88

Beat Bechtold, Direktor AIHK, Tel. 062 837 18 01